

KÜCHENERLEBNIS Seit der Eröffnung des Treffpunkts «Viva» mit Bistro und Kochstudio weht in Rüeggisberg ein Hauch von Urbanität. Seite 28

BERN

NOTARE SP-Grossrat Patric Bhend forderte eine Senkung der «überrissenen Notariatsgebühren». Der Grosse Rat lehnte das Ansinnen ab. Seite 31

«Gift für den religiösen Frieden»

Der bernische Grosse Rat hat eine Motion, die den **Bau von Minaretten** verbieten wollte, vom Tisch gewischt

Schlappe für den Berner SVP-Grossrat Thomas Fuchs: Er vermochte gestern nicht einmal die eigene Partei ganz hinter sich zu scharen. Seine Minarettverbots-Initiative führte aber immerhin zu einer angeregten Debatte.

DÖLF BARBEN

89 Nein, 42 Ja und 13 Enthaltungen. Die Abfuhr für Thomas Fuchs (svp, Bern), der mit einer Motion den Bau von Minaretten verbieten lassen wollte, zeichnete sich früh ab. Als FDP-Fraktionssprecher Hubert Klopfenstein (Biel) sagte, die FDP lehne den Vorstoss einstimmig ab, war der Fall klar. Klopfenstein argumentierte, wie die meisten anderen auch, sehr grundsätzlich: Die FDP wolle «das Problem» nicht kleinreden, aber dieser Schnellschuss bringe nichts. Zudem gebe es «urfreisinnige Gründe» gegen diesen Vorstoss. Die FDP wende sich stets gegen Verbote, welche die persönliche Entfaltung einschränken. Darum frage er sich schon, «ob es an uns Bürgerlichen ist», ein weiteres Verbot einzuführen. Verbote seien dann sinnvoll, wenn die öffentliche Sicherheit nicht mehr gewährleistet sei, aber: «Von Minaretten geht keine Gefahr aus.» Klopfenstein sagte, die Gemeinden hätten die Planungshoheit und deshalb die Möglichkeit, «etwas zu machen».

«Höchst unpatriotisch»

Anna Coninx (grüne, Bern) sagte, Fuchs habe sich «im Bau, im Baurecht verirrt». Mit seinem Vorstoss instrumentalisiere er das Baurecht für politische Zwecke. Hier gehe es um die Grundlagen des Rechtsstaates, und «wer immer» diese mit Füßen trete, handle «höchst unpatriotisch». Integration gehöre zu den zentralen Aufgaben eines liberalen Staates. Die Integration von Muslimen sei nicht einfach; Ängsten müssten ernst genommen werden. Aber Integration funktioniere nicht über Verdrängung. Wer ein Minarettverbot fordere, fördere eine Radikalisierung. Ein Verbot wäre «Gift für den religiösen und sozialen Frieden», sagte Coninx.

«Absage an die Toleranz»

Ähnlich argumentierte Nadine Masshardt (Langenthal) als Sprecherin der SP. Die Glaubens- und Gewissensfreiheit habe in der Schweiz seit jeher eine wichtige Rolle gespielt und sei für den Zusammenhalt des Landes von grosser Bedeutung. Mit einem Verbot aber würde das friedliche Zusammenleben gefährdet – zudem würden Ängste geschürt. Masshardt warf Fuchs vor, «scheinheiligen und billigen Wahlkampf» zu betreiben.

Motionär Fuchs hatte seinerseits mit den Grundrechten argumentiert. Die Glaubensfreiheit werde von ihm und der SVP keineswegs bestritten. Ein Minarett aber stehe



Thomas Fuchs argumentierte gestern im Berner Rathaus mit den Grundrechten – genauso wie die Gegner seiner Motion.

ADRIAN MOSER

für den «religiösen Alleinvertragsanspruch» des Islams und sei damit «eine Absage an die Toleranz». Ein Minarett habe Signalwirkung: «Hier sind wir und von hier wollen wir nicht weichen.» Eine solche Haltung basiere auf einem Machtanspruch, der mit Glaubensfreiheit nichts zu tun habe. Mit einem Minarettverbot liessen sich nicht alle Probleme lösen, sagte Fuchs, und erwähnte als Beispiel die Rolle der Frauen im Islam.

Dieses Argument nahm später Andreas Hofmann (sp, Bern) als Einzelredner auf und drehte den Spieß um. Je weiter rechts im politischen Spektrum sich eine Gruppe befinde, desto problematischer sei ihr Verhältnis zu den Frauen. «Schaut einmal in den Spiegel», sag-

te Hofmann an die Adresse der SVP: «und ihr stellt fest, dass euer Feindbild euch ganz stark ähnlich sieht.»

«Ein Eroberungssymbol»

Die SVP sei selbstverständlich für die Religionsfreiheit, sagte Fraktionssprecher Hans Ulrich Gränicher (Bern), sie sei auch nicht gegen Gebetsräume. Aber für die Ausübung des Glaubens brauchten Muslime keine Minarette. Er verwies auf die christlich-abendländische Grundlage unserer Kultur und sagte: «Aus dieser Optik brauchen wir keine Minarette.» Gränicher verschwiegen nicht, dass einige SVP-Grossräte Mühe damit hätten, das Problem über die Baugesetzgebung anzugehen – «aber es bleibt nichts anderes übrig».

Alfred Schneiter (Thierachern) sprach als Fraktionschef der EDU ebenfalls von den Grundrechten. Die Kultusfreiheit sei «undiskutabel». Aber es sei auch unbestritten, dass die Grundrechte auf der Basis der christlich-abendländischen Kultur gewachsen seien. Ein Minarett aber sei nicht ein Bau wie eine Brücke, es sei ein «Macht- und Eroberungssymbol». Jetzt gelte es Grenzen zu setzen und nicht erst, «wenn es schon zu spät ist».

Weder ja noch nein

Bei den rund zehn Einzelsprechern fiel die Motion mehrheitlich durch. Einige warnten vor Angstmacherei, einige sagten, der Westen dürfe seine ureigensten Werte nicht verraten, müsse Einwanderer viel-

mehr von deren Güte überzeugen. Speziell war das Problem von Marc Jost (evp, Thun). Die Motion wollte er nicht unterstützen, zu einem Nein durchringen konnte er sich auch nicht. Deshalb erklärte er dem Rat, warum er sich der Stimme enthalte. Am besten wäre dieser Vorstoss gar nicht eingereicht worden, sagte er und skizzierte seine Sichtweise: Ein Verbot von Minaretten sei nicht der richtige Weg, um der «realen Gefahr der Islamisierung» zu begegnen. Ein Nein zum Vorstoss dagegen könne Ideologen dazu ermuntern, in der Schweiz aktiv zu werden. Baudirektorin Barbara Egger äusserte sich lediglich noch in zwei Sätzen zum Vorstoss. «Wir leben in einem Rechtsstaat», sagte sie, und die Regierung stehe dazu.

WER STIMMTE WIE?

Der Minarett-Motion **zugestimmt haben hauptsächlich SVP und EDU**. Bei der SVP gab es einzelne Abweichler: Zu einem Nein durchgehungen hat sich Fritz Reber (Schangnau), enthalten haben sich Samuel Leuenberger (Trubschachen), Fritz Ruchti (Seewil), Fred-Henri Schnegg (Sonceboz-Sombeval), Beatrice Simon (Seedorf), Ueli Spring (Lyss) und Annelise Vaucher (Cormoret). **Abweichler zur Nein-Haltung** gabs umgekehrt bei der FDP: Hans Rudolf Feller (Steffisburg) stimmte Ja, Brigitte Bolli (Bern), Hans-Jörg Pfister (Zweisimmen) und Jean-Pierre Rérat (Sonvilier) enthielten sich. Die EVP stimmte ebenfalls nicht geschlossen Nein. Der Stimme enthielten sich: Gerhard Baumgartner (Ostermündigen), Willfried Gasser (Bern), Marc Jost (Thun) und Erwin Sommer (Melchnau). (db)

In Widerspruch zur Verfassung

Die bernische Kantonsregierung hatte gegen die Motion von Grossrat Thomas Fuchs (svp, Bern) die Glaubens-, Gewissens- und Kultusfreiheit ins Feld geführt. Diese verpflichte die staatlichen Organe zu religiöser Neutralität, heisst es in der Antwort. Das Neutralitätsgebot verlange die «unparteiische, gleichmässige Berücksichtigung der in einer pluralistischen Gesellschaft auftretenden religiösen und weltanschaulichen Überzeugungen». Die Regierung zitierte ein Rechtsgutachten, wonach die Verankerung eines Bauverbots in einem kommunalen Erlass «den Anspruch auf ein religiös neutrales und diskriminierungsfreies Ver-

halten des Staates in unzulässiger Weise beeinträchtigen würde». Fazit des Regierungsrats: «Ein Minarettverbot würde in Widerspruch zum Neutralitätsgebot stehen und übergeordnetes kantonales und Bundesverfassungsrecht verletzen.»

Zwei Minarette in der Schweiz

Auch in anderen Kantonen hat die SVP ein Minarettverbot durchzusetzen versucht – bisher erfolglos. Der Solothurner Kantonsrat hatte im Juni 2006 einen SVP-Vorstoss für ein Bauverbot abgelehnt. Der St. Galler Kantonsrat sprach sich 2006 gegen obligatorische Volksabstimmungen zur Bewilligung von Minarettbauten

aus. Der Zürcher Kantonsrat entschied vor einem Jahr, ein Bauverbot für Minarette zumindest zu prüfen. Wenn der Kantonsrat dem SVP-Vorstoss später definitiv zustimmen sollte, würde er dem Volk zur Abstimmung vorgelegt.

Auf eidgenössischer Ebene hatten Vertreter von SVP und EDU Anfang Mai eine Volksinitiative zum Verbot von Minaretten lanciert. Mit der Initiative soll dem «politisch-religiösen Machtanspruch» des Islams entgegengetreten werden. In der Schweiz stehen zwei Minarette, eins in Genf, das andere in Zürich. In Winterthur und Wangen bei Olten sind Minarette bewilligt, in Wil und in Langenthal geplant. (db/sw/sda)

Auf Bundesplatz Pirouette drehen

Nach Weihnachten soll auf dem Bundesplatz eine Eisbahn aufgebaut werden. Kostenpunkt: 300 000 Franken. Die Stadt Bern sucht Sponsoren.

PHILIPP SCHORI

Im Sommer erblicken Bernerinnen und Berner während des Aare Schwimmens das Bundeshaus. Die Kombination von Sport, dem Element Wasser und dem Blick auf das Regierungs- und Parlamentsgebäude war im Winter bislang nur etwas für Hartgesottene. Das wird sich ändern: Ende Dezember soll auf dem Bundesplatz eine mobile Eisbahn installiert werden. Damit liesse sich während der Pirouette auf gefrorenem Wasser das renovierte Bundeshaus bewundern.

Die finanziellen Mittel fehlen noch

«Der Entscheid, dass wir es machen wollen, ist gefallen», sagt Stadtpräsident Alexander Tschäppät. Unterschrieben sei allerdings noch nichts. Unterschreiben müssten in erster Linie Sponsoren, denn der Gemeinderat strebt eine kostenneutrale Umsetzung des Projekts an. «Die Stadt darf es nichts kosten», so Tschäppät. Insgesamt rechnet er mit einem Aufwand von bis zu 300 000 Franken, die allesamt von Gönnern – «am liebsten von Berner Firmen» – übernommen werden müssten. Im Preis inbegriffen sind unter anderem der Aufbau der Anlage, der Unterhalt während der geplanten sechs Wochen und die Beleuchtung.

Gemeinsam mit dem vorgesehenen Lieferanten, der Wepro AG aus Zürich, konnten die restlichen Knackpunkte bereits aus dem Weg geräumt werden. So wurde beispielsweise darauf geachtet, dass man dem Berner Märkt nicht in die Quere kommt. Gegenstand von Abklärungen war zudem die Öko-Bilanz des Projekts. Und schliesslich musste geprüft werden, ob der Valser Gneis auf dem Bundesplatz durch die mobile Eisbahn Schaden nehmen könnte. Dem sei nicht so.

«Eisbahn: Auftakt zum Euro-Jahr»

Der Sponsor der Gneisplatten soll auch Sponsor der Eisbahn werden. Die Rede ist von der Mobiliar-Versicherung. «Das Geschäft ist bei uns hängig», sagt Peter Marthaler, Leiter Kommunikation bei der Mobiliar. Gespräche mit Tschäppät hätten stattgefunden. «Und da wir uns dem Platz verpflichtet fühlen, schliessen wir nicht aus, das Projekt 'Eisbahn' finanziell zu unterstützen», so Marthaler weiter – auch wenn grundsätzlich langfristige Projekte zuoberst auf der Interessenliste der Mobiliarstünden. «Entsprechend den Aufgaben einer Versicherung», sagt Marthaler. Als langfristig ausgerichtetes Projekt kann die Eisbahn vor dem Bundeshaus in der Tat nicht bezeichnet werden: Geplant ist die Eisbahn vorerst für ein Jahr. «Sie soll eine Art Auftakt zum Euro-Jahr inklusive Eishockey-WM sein», so der Stadtpräsident.

ANZEIGE

«Sie lieben Barbecue?»

VON ARGENTINIEN BIS SÜDAFRIKA
WIR HABEN DIE PASSENDEN WEIN-IDEEN
ZU IHREN GRILLADEN!

«Wein erleben - Leben geniessen!»

Herzlich willkommen - Ihre Münsterkellerei-Spezialisten

MÜNSTER KELLEREI

LE MONDE DU VIN

FACHGESCHÄFT

Kramgasse 45 / Münsterergasse 40, 3011 Bern, Tel. 031 312 17 17
Öffnungszeiten: Di - Fr: 9.00 - 18.30 Uhr (Do: 9.00 - 20.00 Uhr),
Sa: 9.00 - 17.00 Uhr

WEINMARKT FELSENKELLER

Steinholzli, 3097 Liebefeld-Bern, Tel. 031 970 31 41
Öffnungszeiten: Fr: 14.00 - 18.30 Uhr, Sa: 10.00 - 16.00 Uhr

www.muensterkellerei.ch

